



Weltgeschichte im Aufriß auf geopolitischer Grundlage

Braun, Franz

Dresden, 1930

XXV./XXVI. Die Einigungskriege. XXV. 1. Der schleswig-holsteinische Freiheitskampf 1864. 2. Der Dualismus Österreich-Preußen und seine Entscheidung 1866. XXVI. 1. Der deutsch-französische Krieg ...

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77289](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77289)

XXV/XXVI. Die Einigungskriege.

XXV. 1. Der Schleswig-Holsteinische Freiheitskampf 1864.

2. Der Dualismus Österreich-Preußen und seine Entscheidung 1866.

1. Die Geschichte der schleswig-holsteinischen Frage reicht weit zurück. Von den beiden Herzogtümern war Schleswig zur Zeit Konrads II. 1035 an Dänemark gefallen, Holstein dagegen gehörte zum Deutschen Reich, war jedoch seit 1460 (während der Regierungszeit Kaiser Friedrichs III.) samt Schleswig in Personalunion mit Dänemark verbunden. Es hatte aber die Zusicherung erhalten, daß die Herzogtümer auf ewig ungeteilt sein sollten. Beide Herzogtümer stehen miteinander in Realunion. Sie haben einen gemeinsamen Landtag. Zum Deutschen Bunde gehört nur Holstein.

Da das Aussterben des dänischen Königshauses in nächster Zeit zu erwarten steht, hoffen die Herzogtümer, sich bei dieser Gelegenheit von Dänemark frei machen zu können. Für sie gilt das salische Gesetz der männlichen Thronfolge, in Dänemark das weibliche Erbfolgerecht. Durch die Einverleibung Schleswigs sucht die nationaldänische Partei (Eiderdänen) der Entscheidung vorzugreifen. Aber die Herzogtümer wehren sich mit aller Kraft dagegen, und im Strom der großen nationalen Bewegung des Jahres 1848 erheben sie sich unter dem begeistertsten Jubel des deutschen Volkes zum Freiheitskampf. Auch der Deutsche Bund nimmt gegen Dänemark Stellung, Preußen führt das deutsche Bundesheer den Herzogtümern zu Hilfe, und für den Kampf gegen Dänemark schafft das Frankfurter Parlament die Anfänge der ersten deutschen Flotte.

Schleswig-Holsteinischer Freiheitskampf 1848

Aber Preußen muß vor dem Eingreifen der europäischen Großmächte England, Rußland und Frankreich sowie Schwedens (vgl. Olmütz) zurückweichen. So kommt das Londoner Protokoll 1852 zustande, nach dem Schleswig und Holstein dauernd vereinigt bleiben, aber nicht in Dänemark einverleibt werden dürfen, wohl aber bleiben sie in Personalunion mit Dänemark. Der erbberichtigte Herzog von Augustenburg erhält dafür eine Abfindungssumme. Die europäischen Staaten übernehmen die Garantie für die Aufrechterhaltung des Protokolls, auch Österreich und Preußen müssen ihre Zustimmung geben; der Deutsche Bund dagegen und die Stände der Herzogtümer verweigern ihre Zustimmung.

Londoner Protokoll 1852

Im Jahre 1863 versucht nun die nationaldänische Partei wieder, auch Schleswig in die dänische Gesamtstaatsverfassung einzubeziehen. Das verstößt offenkundig gegen das Londoner Protokoll. Eine neue nationale Bewegung zugunsten der in ihrem Recht bedrohten Herzogtümer setzt ein, sie kämpft für die Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins und die Erbfolge des Augustenburger.

Österreich fühlt sich an das Londoner Protokoll gebunden. Auch Preußen darf die nationale Unabhängigkeitsbewegung nicht unterstützen, wenn es die Entstehung eines neuen deutschen Mittelstaates zwischen Nord- und Ostsee unter der Regierung der Augustenburger ver-

hindern will. Ebenjowenig aber kann es die Festsetzung Dänemarks in dem strategisch wichtigen Gebiet dulden, da von hier Kiel und die Elbmündung bedroht werden kann. Bismarcks Ziel ist es, die Herzogtümer militärisch, wirtschaftlich und verkehrstechnisch zu beherrschen. Darum stellt er sich zunächst auch auf den Boden des Londoner Protokolls und verhindert dadurch die Einmischung der europäischen Mächte in die Entscheidung dieser deutschen Frage.

Als Preußen die Anerkennung des Londoner Protokolls von Dänemark erzwingen will, tritt Österreich an Preußens Seite, da es ihm aus Mißtrauen nicht freie Hand gegen Dänemark lassen will. So ziehen sie gemeinsam gegen Dänemark in den Krieg.

Der Dänische Krieg
1864

In kurzem Feldzug (Erstürmung der Düppeler Schanzen, Übergang nach Alsen) zwingen die Verbündeten Dänemark zum Frieden zu Wien (1864), in dem es Schleswig-Holstein und Lauenburg zu gemeinsamem Besitz an Österreich und Preußen abtritt.

2. Österreich hat kein Interesse an der gemeinsamen Verwaltung der Herzogtümer. Es tritt darum gegen Bismarcks und Preußens Auffassung für die Nachfolge des Augustenburger ein. Der Vertrag von Gastein (getrennte Verwaltung der Herzogtümer) überbrückt noch einmal für kurze Zeit die gegenseitige Unstimmigkeit, schiebt die gewaltsame Auseinandersetzung aber nur auf.

Mit den Nachbarmächten weiß Bismarck durch Hilfeleistung für Rußland im polnischen Aufstand, durch ein Neutralitätsabkommen mit Frankreich, durch ein Bündnis mit Italien, das wegen seines Anspruches auf das österreichische Venetien der natürliche Bundesgenosse Preußens ist, die politische Gesamtlage herzustellen, die er für die Lösung der deutschen Frage braucht. Um den Krieg aber nicht allein wegen Schleswig-Holsteins entbrennen zu lassen, bringt Bismarck die Bundesreformfrage wieder ins Rollen, überbietet Österreich sogar durch die Aufnahme der alten liberalen Forderung (Berufung eines deutschen Parlaments auf Grund von allgemeinen und gleichen Wahlen).

Österreich bringt als Gegenzug die schleswig-holsteinische Frage vor den Bundestag. Preußen erklärt das für einen Bruch des Gasteiner Vertrages, und als Österreich die Mobilmachung gegen Preußen beim Bundestage durchsetzt, erklärt Preußen seinen Austritt.

Der Krieg von 1866

Der Krieg beginnt. Preußen hat nur in Norddeutschland einige Bundesgenossen. Aber dank der strategischen Überlegenheit Moltkes („getrennt marschieren, vereint schlagen“; Umfassung!), dank der besseren Ausrüstung durch das Zündnadelgewehr gelingt es Preußen, den Feldzug überraschend schnell siegreich zu beenden. Die norddeutschen Staaten Hannover, Kurhessen und Frankfurt werden überrannt. Das hannöversche Heer kapituliert bei Langensalza. Mit der Besetzung der norddeutschen Staaten schließt Preußen nunmehr die Lücke zwischen seinen beiden Gebietshälften. Der Feldzug in Süddeutschland und die Kämpfe auf dem italienischen Kriegsschauplatz bleiben ohne Einfluß auf die Entscheidung. Österreich verpflichtet sich, Venetien an Napoleon abzutreten, um ihn für sich zu gewinnen. Die Entscheidung fällt auf dem böhmischen Kriegsschau-

platz in der glänzenden Schlacht bei Königgrätz. Nach der Vereinigung der geschlagenen böhmischen Armee Österreichs mit seiner vom italienischen Kriegsschauplatz herangezogenen Südararmee drängt Bismarck auf schnellen Friedensschluß, zumal Frankreich sich einzumischen droht.

Napoleons Politik trägt einen inneren Widerspruch in sich. Er begünstigt das Streben der europäischen Völker nach nationaler Einheit, verfolgt aber zugleich die alten Ziele französischer Machtpolitik, die Besetzung der Rheinlinie und die Schwächung Deutschlands, der europäischen Mitte. Als Lohn für seine Neutralität im Kampfe Preußens gegen Österreich verlangt er Kompensationen für Frankreich: Rheinpfalz, Rheinhessen und Mainz. Während Österreich ihm Venetien verspricht und lieber auf seine Stellung in Italien verzichtet, als daß es Preußen gegenüber nachgibt, hält Bismarck den Kaiser Napoleon hin und gibt mit Rücksicht auf Frankreich einstweilen den Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund preis. Die süddeutschen Staaten müssen sich mit einem Verein mit „internationaler, unabhängiger Existenz“ begnügen. Im geheimen schließen sie aber angesichts der Kompensationsforderung Napoleons ein Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen. Während Italien die Friedensvermittlung Napoleons ablehnt (Besetzung Venetiens), da es die Einigung aller Italiener noch nicht erreicht sieht und nicht bundesbrüchig werden will, gewinnt Bismarck durch seine maßvollen Forderungen Österreichs Bereitschaft zum Frieden, ehe noch Napoleon dazwischentritt. Er schont Österreich nach Möglichkeit, da ihm schon jetzt der Zusammenschluß der mitteleuropäischen Mächte, also das Bündnis mit Österreich, vorzweht.

Innerer Widerspruch
der europäischen
Politik Napoleons

Nach dem Waffenstillstand auf dem Schlosse Nikolsburg wird der Friede zu Prag abgeschlossen. Gegen den hartnäckigen Widerspruch seines Königs setzt es Bismarck durch, daß die süddeutschen Staaten, vor allem auch Sachsen, unverfehrt bleiben; er beschränkt sich auf die Annexion der norddeutschen Staaten und die Einziehung Schleswig-Holsteins. Österreich gibt seine Zustimmung für die Bildung des Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung und scheidet damit aus Deutschland aus. Es büßt nur Venetien ein, das es an Italien abtreten muß.

Preussische Gebiets-
erwerbungen

XXVI. Der deutsch-französische Krieg 1870/71.

Frankreich empfindet die Erfolge Preußens als eigene Niederlage, darum fordert es „Rache für Sadowa“. Da das napoleonische Kaisertum sich im Innern einer immer stärker werdenden Opposition gegenüber sieht, sucht es seine Stellung durch außenpolitische Erfolge zu stärken, hat aber bis auf den Erwerb von Savoyen und Nizza (1859) nur Mißerfolge aufzuweisen. Die französische Einmischung in die mexikanischen Wirren vergeudet viele Kräfte, die Aufrichtung einer mexikanischen katholischen Monarchie unter französischem Protektorat scheitert, denn Napoleon hat nur zwischen einem Verzicht und einem Kriege mit Amerika zu wählen. Die Entscheidung fällt gerade in die Zeit des öster-

Außenpolitische
Niederlagen
Frankreichs

reichisch-preussischen Konfliktes von 1866 und lähmt Napoleons Entschlußkraft. Bismarck bringt ihn um die erhofften Kompensationen und tritt ebenso seinem weiteren Versuch, Luxemburg in Frankreich einzuverleiben, energisch entgegen. Die Londoner Konferenz bestimmt die Neutralisierung des Landes (1867). Als Napoleon mit Belgien einen Zollbund schließen will, widersezt sich England dem Vordringen französischen Einflusses im Mündungsgebiet der Schelde. Dabei wachsen die inneren Schwierigkeiten in Frankreich, so daß sich Napoleon zu liberalen Reformen genötigt sieht. Nur ein erfolgreicher Krieg kann seine Stellung festigen. Darum vermehrt er die französische Streitmacht und organisiert das Heer neu (Einführung des Chassepotgewehres).

Frankreich
gegen die Einigung
Deutschlands

Napoleon sieht die preussische Macht mit Besorgnis immer mehr wachsen, die Einigung Deutschlands immer näher rücken. Die Veröffentlichung der Militärverträge mit den süddeutschen Staaten gibt dem Argwohn gegen Preußen neue Nahrung. Gegen Preußen richten sich darum die Verhandlungen Napoleons mit Italien und Osterreich, wenn sie auch zu keinem festen Bündnis führen. Die Einigung Deutschlands aber kann und will Frankreich niemals dulden.

Der Krieg
von 1870/71

Bei dieser gespannten Lage ist die spanische Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern nur der äußere Anlaß für den längst erwarteten Waffengang beider Mächte, Frankreich benutzte ihn, um Preußen auf alle Fälle zu demütigen. Preußen aber kann sich den überspannten Forderungen Frankreichs nicht fügen. Da nur die Waffen eine Entscheidung bringen können, jede Verzögerung aber allein Frankreichs Aussichten günstiger gestaltet, schiebt Bismarck geschickt und entschlossen Frankreich die Entscheidung zu (Emscher Depesche!). Am 19. Juli 1870 erklärt es an Preußen den Krieg.

Neutralität
der Nachbarmächte

Bismarck hatte mit seiner preussischen Politik die deutsche Volkstimmung gegen Preußen eingenommen. Er schien lediglich die Interessen der Hohenzollern zu vertreten. Als nun aber Norddeutschland der Krieg gegen Frankreich aufgezwungen war, wollte und konnte niemand zurückbleiben. „Alldeutschland nach Frankreich hinein“ wurde die Losung. Man hatte das sichere Gefühl, Frankreich zum mindesten gewachsen, wenn nicht überlegen zu sein. Die Nachbarmächte halten sich zurück, Dänemark und Osterreich mit Rücksicht auf Preußens Freundschaft mit Rußland, England im Hinblick auf die bedrohlichen Rheinpläne Napoleons.

Die französische Heeresleitung beabsichtigt, durch Vorstöße vom Elsaß und von Lothringen her Süddeutschland von Preußen zu trennen und donauaufwärts Verbindung mit Osterreich zu suchen. Aber der unerwartet schnelle Aufmarsch der deutschen Truppen, ihr siegreicher Vormarsch wirft diese Pläne um. Die Siege des Kronprinzen bei Weißenburg und Wörth zwingen Mac Mahon zum Rückzug auf Châlons. Der ersten und zweiten Armee gelingt es, Bazaine, der eine Vereinigung mit Mac Mahon erstrebt, östlich von Metz festzuhalten (Colombey-Neuilly), die Festung im Süden zu umfassen (Vionville, Mars-la-Tour) und durch die schweren Kämpfe bei Gravelotte und St. Privat auch den Vormarsch nach

Norden zu verhindern. Es sind die blutigsten Schlachten des ganzen Krieges. Bazaine wird in Metz eingeschlossen und belagert.

Der Kronprinz und die von der Metz Armee abgezweigte Maasarmee nehmen die Verfolgung Mac Mahons auf, der Befehl hat, Bazaine von Nordwesten her zu entsetzen. So müssen die Heere plötzlich rechts abmarschieren. Die deutschen Armeen schneiden Mac Mahon aber den Weg ab, drängen ihn bei Sedan gegen die belgische Grenze und schließen ihn ein. Das französische Heer wird am 1. September 1870 bei Sedan völlig geschlagen und muß die Waffen strecken, Kaiser Napoleon III. gerät in Kriegsgefangenschaft.

Die politische Wirkung seiner Gefangennahme ist in Frankreich der Zusammenbruch des Kaisertums; die Wirren einer neuen Revolution und Erneuerung der Republik („Regierung der nationalen Verteidigung“). Aber der Krieg geht weiter mit der Republik. Gambetta, Minister des Innern, mit diktatorischer Gewalt, organisiert die Volkserhebung und stampft neue Heere aus dem Boden.

Paris wird belagert. Der Ansturm der neuen französischen Heere von Westen her läßt sich nur abwehren, weil durch die rechtzeitige Kapitulation von Metz (27. Oktober) Truppen frei werden. Die französischen Ersaharmeen werden geschlagen. Bourbaki's verzweifelter Versuch, das belagerte Belfort zu entsetzen und nach Osten durchzubringen, scheitert; er wird durch die Kämpfe an der Lorraine genötigt, auf Schweizer Gebiet überzutreten.

Paris selbst muß nach dem letzten mißlungenen Ausfall, von Hungersnot zermürbt, am 28. Januar kapitulieren. Zuvor aber hat am 18. Januar im Spiegelsaal zu Versailles die deutsche Kaiserproklamation stattgefunden.

Im Frieden zu Frankfurt tritt Frankreich Elsaß-Lothringen an Deutschland ab. Es zahlt 5 Milliarden Kriegsentgelt. Die Grenzziehung erfolgt nach Maßgabe der Sprachgrenze, abgesehen von Gebietsteilen um Metz und in dem oberen Breuschthal, wo aus strategischen Gründen französisches Sprachgebiet übernommen wird.

Da mit der Kaiserproklamation in Versailles auch die Sehnsucht nach einem neuen Deutschen Reiche in Erfüllung gegangen ist, so bedeutet der Ausgang des Krieges eine grundlegende Änderung der europäischen Machtverhältnisse. Seit dem Zerfall des Deutschen Reiches hatten die Rand- und Nationalstaaten auf Kosten der mitteleuropäischen Staaten ihren Machtbereich erweitert. Jetzt aber hat Europa wieder eine starke Mitte, die selbst innenpolitisch gefestigt und lebenskräftig genug ist, um nach außen hin wirken zu können. Verspätet, aber mit immer größerer Nachhaltigkeit glaubt Deutschland, sich jetzt der weltwirtschaftlichen imperialistischen Entwicklung der anderen Mächte anschließen zu müssen.

1870 wird mit der Räumung Roms durch die französischen Truppen und durch die Einnahme der Stadt auch der letzte Schritt in der Einigung Italiens getan.

Ende des französischen Kaisertums

Die deutsche Kaiserproklamation

Frankfurter Friede: Elsaß-Lothringen wieder deutsch

Das Deutsche Reich neue Großmacht Europas